





SBV (ff)  
Äa Fraktion DIE LINKE

- 3.4 P+R-Konzept Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0580  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), alle OBR
- 3.5 Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0601  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
alle OBR
- 3.6 Gemeinsam die Stadt erblühen lassen - Urban Gardening fördern  
Vorlage: 15/SVV/0622  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FA
- 3.7 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog- Station  
Vorlage: 15/SVV/0606  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 3.8 Stadtenergieplanung sowie Gutachten "Klimaschutz in der Bauleitplanung"  
Vorlage: 15/SVV/0647  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges
- Nachfrage zur Baumschutzverordnung

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.07.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die

Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 14.7.2015 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird wie vorgelegt einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Hinweise; sie wird wie vorgelegt einstimmig bestätigt.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See**

**Vorlage: 14/SVV/1085**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV

Herr Walter verweist als Antragsteller auf den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 1.9.2015, in dem der Antrag durch intensives Befassen für erledigt erklärt wurde. Die Verwaltung hatte hier zugesagt, ein entsprechend geeignetes Schild aufzustellen und abzuwarten, wie es angenommen wird.

Herr Walter betont nochmals, dass sich vor Ort einiges getan habe und man auch im hiesigen Ausschuss wie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr verfahren könne.

Der Antrag wird durch den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung für erledigt angesehen.

#### **zu 3.2 Entwicklungsbereich Krampnitz - Erfüllung der Auflagen aus dem Zielabweichungsverfahren**

**Vorlage: 15/SVV/0475**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
OBR Fahrland, OBR Neu Fahrland, OBR Groß Glienicke, KOUL, SBV (ff)

Herr Dörrie (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein und verweist zunächst auf die Ausführungen von Herrn Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) in der vorherigen Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 14.7.2015. Ergänzend geht er auf die Gespräche mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) ein, das die Ergebnisse anerkenne. Aus dem Umland (Berlin-Spandau) gebe es noch Gesprächsbedarf, der in der weiteren Planung bereits miteinbezogen sei und dem entsprechend nachgekommen werde.

Herr Wartenberg erkundigt sich nach den im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5.6.2013 enthaltenen Forderungen.

Herr Dörrie versichert, dass im Kapitel 4 sowie in der Verkehrsauswirkungsanalyse (Kapitel 5) des den Mitgliedern vorliegenden Berichtes zum Entwicklungsbereich Krampnitz alle geforderten Aufgaben enthalten seien.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage 15/SVV/0475 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach Erfüllung der Auflagen aus dem Zielabweichungsbescheid sowie der im Wesentlichen gleichlautenden Festlegungen aus dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Drucksache 13/SVV/0253 ist die Bauleitplanung zum Entwicklungsbereich Krampnitz, insbesondere der Bebauungsplan Nr. 141-1 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Klinkerhöfe Süd“, unter Beachtung des Zügigkeitsgebotes fortzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.3 Zeppelinstraße - Maßnahmen für saubere Luft und Einhaltung der Grenzwerte  
(Umsetzung der Mitteilungsvorlage 15/SVV/0515)**

**Vorlage: 15/SVV/0620**

Fraktionen SPD, Grüne, CDU/ ANW

SBV (ff)

Äa Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.9.2015 ein und erläutert die abweichenden Punkte zum ursprünglichen Antrag. Er betont, dass hierin sämtliche bisherigen Anträge aller Fraktionen aufgenommen und berücksichtigt seien. Da sich hier jeder wiederfinden sollte, empfiehlt er die Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

Zum weiteren Verfahren erklärt er, dass sich mit Beschluss dieses Änderungsantrages alle anderen im Geschäftsgang befindlichen Anträge der Fraktion DIE LINKE zu diesem Vorgang erledigen würden. Bei Nichtannahme blieben diese so wie sie sind bestehen.

Herr Piest spricht sich als Einbringer des ursprünglichen Antrages für den Erhalt des dort unter Punkt 4 geforderten Modellversuches aus. Die Effekte aller unter Punkt 4 vorgeschlagenen Maßnahmen sollten getestet werden. Ein Testlauf wie im Änderungsantrag, nämlich lediglich einer Maßnahme, gefordert, sei in keinem Falle ausreichend. Die im Änderungsantrag der LINKEN unter Punkt 9 geforderte Prüfung einer Umweltzone hält er für entbehrlich. Die unter Punkt 10 angesprochene Prüfung im Zusammenhang mit der Fortschreibung des LKW-Führungskonzeptes hält er für sinnvoll, dem würde er zustimmen.

Herr von Osten-Sacken bezieht sich auf die aktuelle Presse zum Thema und weist auf die negativen Auswirkungen der Verengung der Zeppelinstraße (als Folge einer Baustelle) in den Sommerferien hin. Er ist gegen die angedachten Maßnahmen.

Herr Piest hält dagegen und stellt ausdrücklich klar, dass die Umsetzung der geforderten Maßnahmen im kommenden Frühjahr nicht mit der „Sommersituation“ vergleichbar sei. Im Sommer waren noch keine der geplanten Anreizsysteme und Alternativen umgesetzt, die im Frühjahr jedoch parallel zur Verengung laufen werden.

Herr Dörrie (Bereich Verkehrsentwicklung) bestärkt die Ausführungen von Herrn Piest und weist noch einmal deutlich darauf hin, dass die mögliche Situation im kommenden Frühjahr nicht nur durch die Umsetzung geeigneter Maßnahmen sondern auch im Hinblick auf die Organisation des Straßenraumes eine völlig andere sein würde. Bezüglich der Presseartikel beruft er sich auf die Antwort einer Kleinen Anfrage des Landtags Brandenburg, in der es um die „Zuständigkeiten für die Zeppelinstraße (Bundesfernstraße) in Potsdam“ (DS 6/2618) geht. Hieraus gehe deutlich hervor, dass die Zuständigkeit für die Zeppelinstraße bei der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) liege, das Land aber grundsätzlich ein Weisungsrecht besitze. Das wurde seitens der Verwaltung auch nie bestritten. Es gibt nach den bisherigen Gesprächen aber keinen Anlass davon auszugehen, dass dieses Weisungsrecht ausgeübt werden müsste oder werden wird.

Herr Dörrie hält den ursprünglichen Antrag für einen gangbaren Weg, um die Luftschadstoffbelastung in der Zeppelinstraße entscheidend zu senken. Von Verwaltungsseite wird jedoch die Formulierung von Punkt 4 und dabei u.a. die Beschränkung auf einen dreimonatigen Modellzeitraum kritisch betrachtet, da in der bisherigen Form in die Aufgabenerfüllung der Straßenverkehrsbehörde (Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung) unzulässig eingegriffen werde. Beim Punkt 5, Einsatz schadstoffarmer Busse, sollte zudem „im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten“ ergänzt werden. Insgesamt unterstütze die Verwaltung diesen Antrag, wohingegen sie bei dem Änderungsantrag der LINKEN einige Punkte als problematisch ansehe.

Herr Beck (in Vertretung für den Geschäftsbereich 4) weist bezüglich der Dauer des Modellversuchs auf die Ausführungen des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) hin. Dieses stelle klar, dass maßgeblich für eine geeignete Wirkungsabschätzung der Maßnahmen der Jahresmittelwert für die einschlägigen Luftschadstoffe ist. Aufgrund von jahreszeitlichen Schwankungen ist dabei ein Versuchszeitraum von unter sechs Monaten nicht repräsentativ und damit ungeeignet. Daher ist aus Sicht der Verwaltung eine mindestens sechsmonatige Testdauer, die bei Bedarf verlängert werden kann, erforderlich. Zur Bekräftigung des Vorhabens weise das MLUL noch einmal explizit darauf hin, dass nach bisherigen Entwicklungen auch 2015 die Schadstoffgrenzwerte in der Zeppelinstraße überschritten würden und eine Verschlechterung gegenüber 2014 zu verzeichnen sei. Damit sei klar, dass die bisherigen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität nicht ausreichend seien.

Herr Jäkel stellt nochmals klar, dass natürlich alles genutzt werden solle, was zu einer Schadstoffreduzierung beitrage. Jedoch wollten die Bürger vor Beginn der Testphase geeignete Alternativen sichergestellt wissen. Anderenfalls sollte es einen derartigen Modellversuch nicht geben.

Herr Dr. Zöller erkundigt sich bei Herrn Jäkel, ob es Referenzen dafür gebe, dass sich die Einrichtung einer Umweltzone positiv auf Sickoxide (NO<sub>x</sub>) auswirke. Er ist der Meinung, dass hierbei Angebote, die den Umstieg vom Auto begünstigen angestrebt werden sollten. Insbesondere sollte ein sicherer Radverkehr geschaffen werden. Ziel der Maßnahme müsse neben der Verringerung der Luftschadstoffe auch die Sicherheit der Radfahrer sein, wozu bisher in dem Änderungsantrag noch nichts enthalten sei.

Mit der Einrichtung einer Umweltzone, erklärt Herr Jäkel, wolle man erreichen, dass in der Summe weniger schädliche Fahrzeuge die Zeppelinstraße befahren, was sich entsprechend positiv auf die Luftschadstoffe auswirke. Quellen bezüglich NO<sub>x</sub> fänden sich in diversen Anträgen der Fraktion DIE LINKE zu diesem Thema.

Frau Lenz stellt fest, dass Umweltzonen nur dort etwas brächten, wo sie auch kontrolliert würden. Das gelte auch für das LKW-Leitsystem. Sie fragt, ob die Landeshauptstadt Potsdam personell in der Lage sei, beides leisten zu können. Des Weiteren geht auch sie noch einmal auf die Sicherheitsproblematik von Fahrradfahrern, speziell in Potsdam-West, ein. Als ein durch Radfahrer intensiv genutzter Teil Potsdams, müsse hier die Sicherheit verstärkt werden. Dies gehe nur durch breite (Rad)Wege.

Auf die Nachfrage von Herrn Pahnhenrich bezüglich einer Busspur in der Zeppelinstraße ab Kastanienallee in Richtung Stadtmitte führt Herr Dörrie aus, dass an dieser Stelle von der Ampelschaltung Kastanienallee / Ecke Zeppelinstraße nur so viel Verkehr durchgelassen werde, dass er im genannten Abschnitt flüssig bleibe. Der ÖPNV werde daher hier nicht behindert, so dass eine eigene ÖPNV-Spur nicht erforderlich sei.

Herr Rietz schlägt vor, im Punkt 4 des Antrages, bezogen auf die Testdauer anstatt „sollen“ „empfiehlt“ zu schreiben. Damit seien die Bedenken der Verwaltung hinsichtlich der Formulierung überwunden.

Nachdem es keine Wortmeldungen mehr gibt lässt der Ausschussvorsitzende zunächst den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.9.2015 abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die DS 15/SVV/0620 ist durch folgenden Text, der auch die im Geschäftsgang befindlichen DS 15/SVV/0159 der Fraktion DIE LINKE, 15/SVV/0164 der SPD-Fraktion und die Änderungsanträge dazu von den Fraktionen DIE LINKE, BürgerBündnis/FDP, CDU/ANW und Potsdamer Demokraten einbezieht, zu

ersetzen:

Es ist intensiv nach Möglichkeiten der Senkung aller Schadstoffbelastungen in der Zeppelinstraße und in dem benachbarten Straßennetz in Potsdam-West zu suchen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge zur Einhaltung der Grenzwerte in der Zeppelinstraße beschließen:

1. Im Herbst 2015 soll die Umsetzung folgender Maßnahmen erfolgen:

- Optimierung der Signalsteuerung im Abschnitt Forststraße – Breite Straße mit Anzeige der Koordinierungsgeschwindigkeit. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass Staubildung in der Zeppelinstraße und in den Nebenstraßen sicher vermieden und ein möglichst flüssiger Verkehrsablauf für alle Verkehrsarten erzielt wird.

- Erweiterung der B+R-Anlage am Bahnhof Charlottenhof

2. Das ÖPNV-Angebot ist umgehend zu verbessern. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark die Taktverdichtung der Bus-Linien 631 und 580 sowie die Errichtung einer Busspur zwischen Potsdam und Geltow im Sommer / Herbst 2016 einschließlich Verknüpfung mit vorhandenen Busspuren zu verhandeln. Die Einrichtung einer weiteren oder alternativen Buslinie über Wildpark und Geltow ist zu prüfen.

3. Der Oberbürgermeister wird zusätzlich beauftragt, dafür zu sorgen, dass der bestehende P+R-Parkplatz am Bahnhof Pirschheide aufgewertet wird und eine bessere Information über freie Stellplätze erfolgt. Zusätzlich sollen mit den Verkehrsunternehmen noch im Jahr 2015 Verhandlungen über die Einführung eines Kombitickets (Fahrschein = Parkschein) am Bahnhof Pirschheide im Modellversuch geführt werden. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen soll der Stadtverordnetenversammlung erstmals im Dezember 2015 berichtet werden. Bei Erfolg dieser Maßnahme sollte das auch auf die P+R-Parkplätze in Golm und Rehbrücke angewendet werden.

4. Folgende Maßnahme soll im Frühjahr / Sommer 2016 weitgehend außerhalb der Ferien als dreimonatiger Feldversuch durchgeführt werden: Markierung einer ÖPNV-Spur im Abschnitt Forststraße – Kastanienallee. Diese Maßnahme ist auf ihre Wirksamkeit im Hinblick auf die Einhaltung der Grenzwerte in der Zeppelinstraße und auf ihre verkehrlichen Auswirkungen nicht nur in den angrenzenden Straßen, sondern auch unter Einbeziehung der Nachbargemeinden im Potsdamer Umland zu untersuchen. Über eine Fortführung dieser Maßnahme ist nach der Vorlage der Untersuchungsergebnisse durch die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden.

5. Die im Rahmen der Flottenerneuerung bei den Verkehrsbetrieben neu eingesetzten schadstoffarmen Busse sollen in erster Linie in denjenigen Bereichen eingesetzt werden, die von der Überschreitung der Schadstoffgrenzwerte betroffen sind.

6. Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der LHP die Nutzung des Umweltverbundes beim Weg zur Arbeitsstätte gefördert werden kann. Dieses Modell soll allen Landesverwaltungen und öffentlichen Einrichtungen sowie privaten Unternehmen in Potsdam vermittelt werden.



7. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Maßnahmenplan durch Information der Öffentlichkeit über anstehende Schritte und Alternativangebote zu begleiten. Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam, die Anwohner/-innen und der Landkreis Potsdam-Mittelmark sind frühzeitig in die Planungsprozesse einzubeziehen. Über konkrete Maßnahmen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung.

8. Zusätzlich sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um gemeinsam mit dem Landkreis gegenüber der Landesregierung eine wirksame Taktverdichtung des Regionalbahnverkehrs zu erwirken. Dabei sind insbesondere an den innerstädtischen Bahnhöfen Charlottenhof und Park Sanssouci attraktive Takte der Bahnhalte für Alternativangebote zum Autoverkehr von Bedeutung. Gemeinsam mit Landkreis und VBB sollen mögliche Effekte einer Erweiterung der Tarifzone Berlin C über Werder/Havel hinaus geprüft werden.

9. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Einrichtung einer Umweltzone für den Bereich Potsdam-Zentrum und Potsdam-West ermöglicht werden kann, um die Wirkung der zuvor aufgeführten Maßnahmen zu unterstützen.

10. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Fortschreibung des LKW-Führungskonzeptes der LHP nach Möglichkeiten der Verringerung von gebietsfremdem LKW-Schwerlastverkehrs zu suchen.

11. Über alle relevanten Erkenntnisse sind der SBV-Ausschuss und der KOUL-Ausschuss bei aktuellen Erkenntnissen und ansonsten wenigstens vierteljährlich zu informieren. Vor der Sommerpause 2016 ist eine Evaluierung des erreichten Standes vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis: 3/4/0 – damit abgelehnt)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Änderungsantrag abzulehnen.

Daraufhin stellt Herr Jäkel den Geschäftsordnungsantrag, seinen Änderungsantrag vom 9.9.2015 ebenfalls noch abstimmen zu lassen und beruft sich auf seine vorherige Ausführung, sollte der Änderungsantrag vom 22.9.2015 nicht beschlossen werden, verbleiben alle anderen Anträge zu dieser Sache im Geschäftsgang.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 9.9.2015 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Punkt 4 ist wie folgt zu ändern:

1. Die Punkte 1 und 2 sind zu streichen
2. Die Neuformulierung lautet:

Folgende Maßnahme soll im Frühjahr/Sommer 2016 weitgehend außerhalb

der Ferien als dreimonatiger Feldversuch durchgeführt werden:  
Markierung einer ÖPNV-Spur im Abschnitt Forststraße – Kastanienallee  
Diese Maßnahme ist auf ihre Wirksamkeit im Hinblick auf die Einhaltung der Grenzwerte in der Zeppelinstraße und auf ihre verkehrlichen Auswirkungen nicht nur in den angrenzenden Straßen, sondern auch unter Einbeziehung der Nachbargemeinden im Potsdamer Umland zu untersuchen.  
Über eine Fortführung dieser Maßnahme ist nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse durch die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden.

(Abstimmungsergebnis: 2/4/1 – damit abgelehnt)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Piest übernimmt den vorgenannten Vorschlag von Herrn Rietz bezüglich der Einfügung des Wortes „empfiehlt“ im Punkt 4, die Änderungen der Verwaltung zu den Punkten 4 und 5 sowie den Punkt 10 des Änderungsantrages, der sich nun als Punkt 9 anschließt, in den ursprünglichen Antrag.

Der Vorsitzende stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge zur Einhaltung der Grenzwerte in der Zeppelinstraße beschließen:

1. Im Herbst 2015 soll die Umsetzung folgender Maßnahmen erfolgen:

- Optimierung der Signalsteuerung im Abschnitt Forststraße – Breite Straße mit Anzeige der Koordinierungsgeschwindigkeit
- Erweiterung der B+R-Anlage am Bahnhof Charlottenhof

2. Das ÖPNV-Angebot ist umgehend zu verbessern. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark die Taktverdichtung der Bus-Linien 631 und 580 sowie die Errichtung der Busspur zwischen Potsdam und Geltow im Sommer/Herbst 2016 einschließlich Verknüpfung mit vorhandenen Busspuren zu verhandeln. Die Einrichtung einer weiteren oder alternativen Buslinie über Wildpark und Geltow ist zu prüfen.

3. Der Oberbürgermeister wird zusätzlich beauftragt, dafür zu sorgen, dass der bestehende P+RParkplatz am Bahnhof Pirschheide aufgewertet wird und eine bessere Information über freie Stellplätze erfolgt. Zusätzlich sollen mit den Verkehrsunternehmen noch im Jahr 2015 Verhandlungen über die Einführung eines Kombitickets (Fahrschein = Parkschein) am Bahnhof Pirschheide im Modellversuch geführt werden. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen soll der SVV erstmals im Dezember 2015 berichtet werden. Bei Erfolg dieser Maßnahme sollte das auch auf die P+R-Parkplätze in Golm und Rehbrücke angewendet

werden.

4. **Es wird empfohlen**, folgende Maßnahmen sollen im Frühjahr/Sommer 2016 weitgehend außerhalb der Ferien als dreimonatigen Modellversuch **durchzuführen** durchgeführt werden, der, sofern dieser Zeitraum für belastbare Zahlen etwa aus Witterungsbedingungen nicht ausreicht, auf sechs Monate verlängert werden kann:

- Reduzierung der verfügbaren KFZ-Fahstreifen im Abschnitt Kastanienallee –Geschwister- Scholl-Straße
- Markierung eines stadtauswärtigen Radfahrstreifens
- Markierung einer ÖPNV-Spur im Abschnitt Forststraße – Kastanienallee

Diese Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit im Hinblick auf die Einhaltung der Grenzwerte in der Zeppelinstraße und auf ihre verkehrlichen Auswirkungen nicht nur in den angrenzenden Straßen, sondern auch unter Einbeziehung der Nachbargemeinden im Potsdamer Umland zu untersuchen. **Über Eine dauerhafte** Fortführung dieser Maßnahmen ist nach der Vorlage der Untersuchungsergebnisse **durch die in der SVV zu erörtern entscheiden**.

5. Die im **Zuge Rahmen** der Flottenerneuerung beim Verkehrsbetrieb neu eingesetzten schadstoffarmen Busse sollen **im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten** in erster Linie in denjenigen Bereichen eingesetzt werden, die von der Überschreitung der Schadstoff-Grenzwerte betroffen sind.

6. Darüber hinaus wird der OB beauftragt zu prüfen, wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der LHP die Nutzung des Umweltverbundes beim Weg zur Arbeitsstätte gefördert werden kann. Dieses Modell soll allen Landesverwaltungen und öffentlichen Einrichtungen sowie privaten Unternehmen in Potsdam vermittelt werden.

7. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Maßnahmenplan durch Information der Öffentlichkeit über anstehende Schritte und Alternativangebote zu begleiten.

8. Zusätzlich zu den konkreten und unmittelbar umsetzbaren Maßnahmen sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um für zukünftige Entwicklungen gemeinsam mit dem Landkreis gegenüber der Landesregierung die Taktverdichtung des Regionalverkehrs zu erwirken. Gemeinsam mit Landkreis und VBB sollen mögliche Effekte einer Erweiterung der Tarifzone Berlin C über Werder/Havel hinaus geprüft werden.

**9. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Fortschreibung des LKW-Führungskonzeptes der LHP nach Möglichkeiten der Verringerung von gebietsfremdem LKW-Schwerlastverkehrs zu suchen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>3</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

### **zu 3.4 P+R-Konzept Potsdam**

**Vorlage: 15/SVV/0580**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), alle OBR

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift anliegt.

Auf die Frage von Herrn Walter, ob der Bahnhof Pirschheide nicht als erstes in Angriff genommen werden sollte führt Herr Niehoff aus, dass eine Erweiterung zum einen hier schwierig und zudem noch ca. 30 Prozent Restkapazität an Stellplätzen vorhanden sei. Eine kurzfristige Optimierung der Stellplätze hält er jedoch für möglich.

Herr Piest erkundigt sich zu möglichen Standorten für eine Parkraumbewirtschaftung (Fahrschein = Parkschein) und welche Erkenntnisse sich dazu bereits jetzt ableiten lassen.

Herr Niehoff erläutert die Problematik in dieser Sache. Fahrscheinänderungen müssten auch im übrigen Land Brandenburg funktionieren. Das sei schwierig, da dies auch technisch umgesetzt werden müsse. Rechtlich besteht die Herausforderung, dass bei öffentlichen Stellplätzen P+R-Nutzer gegenüber anderen Kunden nicht bevorzugt behandelt werden dürften. Das sei nur über ein privat betriebenes Parkhaus realisierbar. Gespräche zur Lösungsfindung würden derzeit geführt. An einem geeigneten Standort soll das System dann ausprobiert werden.

Herr Wartenberg fordert im Zusammenhang mit dem Bahnhof Marquardt eine ernsthafte Diskussion mit der Bundesbahn, hingehend zu einer Erstarkung der Station.

Schließlich weist Frau Lentz noch auf den Zustand am Bahnhof Park-Sanssouci hin, wo Pendler auf den Parkplätzen der Anlieger parkten.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das anliegende Konzept ist für das weitere Verwaltungshandeln zur Realisierung der einzelnen P+RAnlagen zugrunde zu legen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.5 Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt  
Potsdam**

**Vorlage: 15/SVV/0601**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
alle OBR

Herr Schenke bringt die Vorlage ein und erläutert die Neuerungen der Satzung. So soll beispielsweise die Laubentsorgung maschinell durch die Stadtentsorgung Potsdam (STEP) und wenn zumutbar durch die Anlieger selbst erfolgen. Zudem stellt er eine leichte Senkung der Gebühren in Aussicht.

Herr von Osten-Sacken bringt den folgenden Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP ein.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Veränderung in der Straßenreinigungssatzung aufzunehmen:

1. Der Abschnitt Otto-Haseloff-Straße bis Jagdschloss Stern wird ab 2016 wieder in die RK 5 mit Laubentsorgung LHP und den Winterdienst eingeordnet.

2. Im Ortsteil Neu Fahrland „Am Stinthorn“ wird für RK 5 ergänzt: Fahrbahnreinigung (FR) und Winterdienst (D) Einmündung B2 bis Eingang Klinik (Am Wiesenrand Nr. 38 – entfällt). Für die RK 6 steht nur noch Wohnstraße und das Kreuz bei WD muss entfernt werden.

Die Nachfrage von Herrn Walter, ob es nicht möglich sei, eine zentrale Sammelstelle für Laub einzurichten, verneint Herr Schenke, da die maschinelle Reinigung in der vorliegenden Größenordnung effektiver sei.

Dessen Übernahme sagt Herr Schenke sodann zu.

Herr Becker bittet, neben den Pferdefuhrwerken auch Reitpferde mit aufzunehmen, was Herr Schenke zusagt.

Dennoch weist Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) darauf hin, dass sich das schwer kontrollieren lasse.

Frau Walter hatte im Vorfeld der Sitzung im Zusammenhang mit der Verpflichtung von Straßenanliegern zur Fahrbahnreinigung und Winterdienst danach gefragt, in welchen Anliegerstraßen der Reinigungsstufe (RK) 6 Tempo 50 zulässig ist.

Herr Schenke weist hierzu darauf hin, dass sich die Einstufung bezüglich des Winterdienstes nicht nach der erlaubten Geschwindigkeit, die in der jeweiligen Straße gefahren werden darf richte, sondern nach dem Grad der Verschmutzung.

Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Veränderung in der Straßenreinigungssatzung aufzunehmen:

1. Der Abschnitt Otto-Haseloff-Straße bis Jagdschloss Stern wird ab 2016 wieder in die RK 5 mit Laubentsorgung LHP und den Winterdienst eingeordnet.
2. Im Ortsteil Neu Fahrland „Am Stinthorn“ wird für RK 5 ergänzt: Fahrbahnreinigung (FR) und Winterdienst (D) Einmündung B2 bis Eingang Klinik (Am Wiesenrand Nr. 38 – entfällt). Für die RK 6 steht nur noch Wohnstraße und das Kreuz bei WD muss entfernt werden.

(Abstimmungsergebnis: 7/0/0)

Im Folgenden stellt der Ausschussvorsitzende die Vorlage mit den vorgenannten Ergänzungen zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung sowie die von der Verwaltung zugesicherte Aufnahme der Reitpferde zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

### **Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

Einschließlich folgender Änderungen:

1. Der Abschnitt Otto-Haseloff-Straße bis Jagdschloss Stern wird ab 2016 wieder in die RK 5 mit Laubentsorgung LHP und den Winterdienst eingeordnet.
2. Im Ortsteil Neu Fahrland „Am Stinthorn“ wird für RK 5 ergänzt: Fahrbahnreinigung (FR) und Winterdienst (D) Einmündung B2 bis Eingang Klinik (Am Wiesenrand Nr. 38 – entfällt). Für die RK 6 steht nur noch Wohnstraße und das Kreuz bei WD muss entfernt werden.
3. Neben den Pferdefuhrwerken werden auch Reitpferde mit aufgenommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 3.6**      **Gemeinsam die Stadt erblühen lassen - Urban Gardening fördern**  
**Vorlage: 15/SVV/0622**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA

Herr Walter bringt den Antrag ein, begründet ihn und bittet um Zustimmung.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) lässt zur Veranschaulichung der bisherigen Unternehmungen der Landeshauptstadt Potsdam einen Flyer herumgehen, mit dem nach dessen endgültiger Fertigstellung in der Öffentlichkeit geworben werden soll. Die Mitglieder nehmen den Flyer zur Kenntnis. Herr Praetzel weist noch auf die Notwendigkeit von Einzelfallprüfungen hin und sieht den Anspruch des Antrages als bereits erfüllt.

Nach einigen Überlegungen zum Umfang von Urban Gardening weist Herr von Osten-Sacken darauf hin, dass es sich hierbei nur um Flächen handeln könne, für die die Landeshauptstadt Potsdam Handlungsbefugnisse habe, also komme nur die Nutzung von öffentlichem Raum in Betracht.

Herr Praetzel schlägt die Umwandlung des Antrages in einen Prüfauftrag vor, weil es nicht möglich sei, konkrete Flächen anzubieten.

Herr Jäkel plädiert dafür, es bei einem Antrag zu belassen und schlägt stattdessen im zweiten Satz die Ergänzung, um die Worte „zu prüfen“ vor. Zusätzlich bittet er um die Aufnahme des Satzes, „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auch Initiativen aus der Bürgerschaft nach Möglichkeit zu unterstützen, die selber Flächen vorschlagen, welche sie betreuen möchten.“

Herr Walter als Antragsteller stimmt beiden Vorschlägen zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt Urban Gardening [\*] als wertvollen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, geeignete Flächen für eine temporäre Betreuung zu benennen und auf der Internetseite zu veröffentlichen.

In der Vorbereitung auf den kommenden Haushaltsentwurf ist folgendes zu berücksichtigen:

- Einrichtung kleinteiliger Förderung für Gartenmaterialien, Töpfe, Gartengeräte aber auch für den Ankauf von Blumenzwiebeln oder Samen, bei dem Träger und Initiativen Unterstützung beantragen können;

- Projektförderung pädagogischer und integrativer Gartenprojekte.

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auch Initiativen aus der Bürgerschaft nach Möglichkeit zu unterstützen, die selber Flächen vorschlagen, welche sie betreuen möchten.**

[\*] kommunales Gärtnern

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 3.7 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog- Station**

**Vorlage: 15/SVV/0606**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Schenke (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) nimmt Stellung zum „Zwischenbericht zur aktuellen Situation der Papierkorbentsorgung in der Landeshauptstadt Potsdam“ und erläutert, dass die Beschlusslage, das Gesamtkonzept vorzulegen, erst im nächsten Jahr erfüllbar sei. In Arbeit sei derzeit der Austausch von Papierkörben gegen krähensichere Behälter. Zur Dog-Station teilt er mit, dass hier im Zuge des Gesamtkonzeptes noch Verbesserungen vorgenommen werden sollen. Er bittet um Zeit für das Gesamtkonzept bis Mitte nächsten Jahres.

Mehrere Mitglieder bemängeln die viel zu lange Dauer der Bedarfserfassung scharf und sprechen sich zudem für einfache Lösungen aus. Überteuerte Luxusartikel im Bereich Papierkörbe und Dog-Station seien unnötig; einfachere Varianten täten es auch. Zudem gäbe es eine Schieflage bei der Verteilung der Standorte. Bei 2 600 gezählten Standorten sei trotzdem im Bereich nördliches Babelsberg sowie in den neuen Ortsteilen noch nichts passiert.

Herr Piest erkundigt sich nach dem Zeitplan der zuständigen externen Firma und fragt, ob sich diese im Verzug befinde. Zudem betont er nochmals das hohe Bürgeranliegen in dieser Sache.

Herr Schenke geht auf die erfolgte Kritik ein und teilt mit, dass bei der Nachrüstung das Augenmerk auf preiswerten Lösungen liege. Die externe Firma müsse wegen Mängeln in Nachleistung bis Ende diesen Jahres gehen. Daher könne es zu diesem Zeitpunkt nur einen Zwischenbericht geben. Nach weiteren Nachfragen zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Gesamtkonzeptes bestätigt die Verwaltung, dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im Februar 2016 den Abschlussbericht vorzustellen. Auf Nachfrage sagt Herr Schenke zu, dafür Sorge zu tragen, dass der Austausch der Behälter sowie die Komplettierung der Spender kurzfristig vorgenommen werde und das Vorhaben im Frühjahr kommenden Jahres abgeschlossen sein wird.



Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 15/SVV/0606 zur Kenntnis.

Herr Jäkel gibt noch den Hinweis in Richtung IT-Abteilung der Verwaltung, dass er im Internet lediglich die Mitteilungsvorlage, nicht jedoch den darin benannten Zwischenbericht abrufen konnte.

Mehrere Mitglieder widersprechen dem und weisen darauf hin, dass der Zwischenbericht unter anderem in der Aktenmappe zu dieser Sitzung enthalten sei.

**zu 3.8      Stadtenergieplanung sowie Gutachten "Klimaschutz in der Bauleitplanung"**  
**Vorlage: 15/SVV/0647**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erläutert die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift anliegt. Hierbei beruft Sie sich auf das Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik, „Bericht ‚Klimaschutz in der Bauleitplanung‘“, welches über das Ratsinformationssystem abrufbar ist. Sie stellt nochmals heraus, dass die Empfehlungen des Gutachtens nicht nur die Bauleitplanung allein, sondern auch andere Bereiche der Verwaltung betreffen.

Einige Mitglieder fragen konkret, um welche Investoren, auf die im Bericht Bezug genommen wird, es sich handelt und ob von denen auch jemand aus Potsdam dabei ist.

Frau Holtkamp teilt hierzu mit, dass im ersten Schritt keine Bauträger aus Potsdam dabei waren. Auf Seite 50 des Berichtes seien die beteiligten Personen in den Fallstudienstädten aufgeführt. Im letzten Schritt, einem Workshop, seien dann auch Potsdamer Bauträger eingeladen worden.

Im Gegensatz zu wenigen kritischen Stimmen, dass der Bericht nichts Neues enthalte, stellt Herr von Osten-Sacken fest, dass die Mitteilungsvorlage die gestellten Fragen vollumfänglich beantwortet.

Herr Walter lobt ausdrücklich die umfangreiche Arbeit, die hinter dem Bericht steht und bedankt sich bei Frau Holtkamp. Für ihn sei deutlich geworden, dass Klimaschutz eine klassische Querschnittsaufgabe sei.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 15/SVV/0647 zur Kenntnis.

**zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

**zu 5      Sonstiges**

Nachfrage zur Baumschutzverordnung

Herr Wendt erkundigt sich nach dem Stand der Novellierung der Baumschutzverordnung.

Herr Beck teilt mit, dass sich diese im Geschäftsgang befinde und bereits im Internet einsehbar ist.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

Matthias Lack  
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff  
Niederschrift